

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 6

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften

Autor: Fabian, Walter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In *Italien* haben die Christlichdemokraten einen beträchtlichen Erfolg erzielt. Sie gewinnen 1 672 000 Wähler und 11 Sitze, erreichen aber nicht die absolute Mehrheit. Die Kommunisten gewinnen 580 000 Wähler und verlieren 3 Sitze, die Nenni-Sozialisten haben von ihrem Bruch mit den Kommunisten profitiert, sie gewinnen 760 000 Wähler und 9 Sitze. Die Sozialdemokraten von Sarragat gewinnen auch 130 000 Wähler und 4 Sitze. Dagegen gehen alle Rechtsparteien stark zurück. Die Neofaschisten verlieren 4 Sitze, die Monarchisten 17. Die Wahlen bedeuten einen klaren Ruck nach links und verhindern eine Regierungskoalition der Christlichdemokraten mit der Rechten.

In *Belgien* haben die Sozialisten einen Rückschlag erlitten und 3 Sitze verloren. Die Christlichsozialen erzielten, nach einer sehr demagogischen und heftigen Kampagne, die absolute Mehrheit im Senat, nicht aber in der Abgeordnetenversammlung. Sie gewannen 9 Sitze. Sie können deshalb allein nicht eine Regierung bilden. Sie haben den Versuch unternommen, eine große Koalition mit Sozialisten und Liberalen zu bilden. Die beiden Parteien haben abgelehnt, und die Regierungskrise dauert an.

In *Schweden* haben bei den Wahlen die Sozialdemokraten einen Erfolg zu verzeichnen. Sie besitzen aber keine absolute Mehrheit im Parlament.

JHD

Blick in die Zeitschriften

Über die bekannten Gedankengänge des amerikanischen Diplomaten und Historikers *George F. Kennan* fand kürzlich in Paris, im Rahmen einer Vorstandssitzung des «Kongresses für die Freiheit der Kultur», eine Diskussion statt, an der unter anderen Carlo Schmid, Denis Healey, Sidney Hook, Richard Lowenthal und F. R. Allemann teilnahmen. «*Der Monat*» (115) veröffentlicht aus der Feder von Kennan selbst das Fazit dieser Diskussion. Aus diesem vorläufigen Schlußwort Kennans möchten wir drei besonders wichtige Stellen zitieren.

Mit leider berechtigtem Pessimismus stellt Kennan fest, daß die Regierungen für die nächste Zeit nicht bereit zu sein scheinen, die Möglichkeit eines «disengagement» ernsthaft in Betracht zu ziehen: «Im Gegenteil, man trägt sich zurzeit mit Plänen, die gesamte westeuropäische Verteidigung auf Atomwaffen aufzubauen, und diese Pläne werden immer schwerer rückgängig zu machen sein. Nicht nur, daß den militärischen Planern die Atomwaffen – vor allem Atomartillerie und Raketen mittlerer Reichweite – bald unerläßlicher erscheinen werden denn je zuvor, bis ihnen ein Verzicht auf diese Waffen für undenkbar gelten wird. Es wird auch dahin kommen, daß die ganze Frage eines solchen Verzichts nur noch mit der einmütigen Zustimmung eines weiten Kreises von Regierungen zu lösen ist, die von unterschiedlichen Interessen und Motiven bewegt werden. Gleichzeitig dürften die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland die Atomabschreckung mit weittragenden Waffen bis zu einem solchen Grade der Kompliziertheit, Kostspieligkeit und Bedenklichkeit (was den menschlichen Irrtum anlangt) weiterentwickeln, daß den Politikern auf beiden Seiten schwerste Probleme aufgegeben werden.»

Kennan führt dann weiter aus, daß wir zu absolutem Pessimismus ebensowenig berechtigt seien wie zu absolutem Optimismus: «Aber es gibt so etwas wie eine Einengung

der den Staatsmännern offenstehenden Alternativen, ein Schrumpfen des Bereiches, innerhalb dessen sie manövrieren, experimentieren und den schlimmsten Gefahren ausweichen können. Eine solche Einengung trat – vom westlichen Standpunkt – mit der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 ein. Ich glaube, daß eine ähnlich einschneidende Veränderung im vergangenen Herbst vor sich gegangen ist. Angesichts der Kompliziertheit und Starrheit moderner Regierungsstrukturen, angesichts der sich vertiefenden Kluft zwischen der politischen Urteilsfähigkeit der Öffentlichkeit und den Faktoren, die es in jede Betrachtung der Möglichkeiten moderner Waffen einzukalkulieren gilt, angesichts auch der wachsenden Zahl von Regierungen, deren Zustimmung bei jeder Maßnahme zum Abbruch des Atomwetterüstens eingeholt werden muß, frage ich mich, ob wir die Lage wirklich noch unter Kontrolle haben. War der vergangene Herbst nicht der letzte Augenblick, in dem noch ein einzelner oder eine Gruppe, klein genug, um sich zu verstehen und bewußt als Gruppe zu handeln, unser Schicksal hätte in die Hand nehmen können?»

Zum Schluß wendet sich George F. Kennan mit großem Ernst gegen die These «Lieber tot als rot» oder «Lieber keine Welt als gewisse andere Welten». Dazu sagt er: «Das scheint mir doch für eine einzelne Generation ein etwas egozentrischer Standpunkt zu sein. Ginge es nur um uns selbst, so dürften wir vielleicht den Tod vorziehen; haben wir jedoch das Recht, diese Entscheidung auch für unsere Kinder zu fällen? Wissen wir, welches Dasein sie vorziehen werden? Sollten wir angesichts unserer eklatanten Fehler und Unzulänglichkeiten nicht so bescheiden sein, ihnen doch irgendeine Welt zum Leben zu belassen, für den Fall, daß sie diese Welt dem Nichts vorziehen?»

Zwei wichtige Arbeiten zum Problem des drohenden Atomkrieges finden sich im Aprilheft der immer lesenswerten Zeitschrift «*Außenpolitik*». Der bekannte deutsche Forscher Prof. Dr. *Eugen Sänger* vertritt die Ansicht, daß die *Entwicklung der Raumfahrt* zur technischen Überholung des Krieges führen werde: «Wir müssen uns an der Raumfahrtentwicklung – die Luftwaffen wie Atomwaffen naturgesetzlich gegenstandslos macht – mit allen unseren Kräften beteiligen und so den Verzicht auf Atomwaffen auf der ganzen Welt erzwingen, indem wir mithelfen, den Krieg technisch zu überholen.» Mit überzeugenden politischen Argumenten setzt sich im gleichen Heft der führende englische Labourpolitiker *Alfred Robens* für eine Rüstungsbeschränkung in Mitteleuropa ein: «Ich glaube, daß jedes Jahr, das dahingeht, es schwieriger macht, zu einer Vereinbarung zu gelangen, und ich meine daher, daß wir nicht müde werden dürfen, Mittel und Wege zu diskutieren, wie wir die Formel entdecken können, die wirklich geeignet ist, die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen. Wenn . . . wir tatsächlich dieses große Gebiet mit Rüstungsbeschränkung haben könnten, mit Inspektion und Kontrolle und internationaler Rechtsprechung, dann würden wir nicht nur die brennenden moralischen und physischen Probleme Deutschlands . . . gelöst haben, sondern wir würden wahrscheinlich auch den größten Fortschritt auf dem Wege zur Erreichung des Weltfriedens gemacht haben, der jemals versucht worden ist . . . Ich bin weiter der Ansicht, daß wir zu keiner Regelung kommen werden, wenn wir die alten Auseinandersetzungen fortsetzen, daß wir vielmehr bereit sein müssen, uns mit neuen Ideen zu befassen und in den einzelnen Ländern für diese Dinge verantwortliche Männer hervorzubringen, die ein gewisses Maß an Mut und Überzeugungskraft mitbringen.»

Heft 5 der «*Außenpolitik*» bringt eine weitere wichtige Arbeit über «Ethische und politische Probleme des Atomzeitalters» aus der Feder von Professor *Carl-Friedrich von Weizsäcker*.

Die ungeheuren Lasten des Wetterüstens bedrohen in vielen Ländern den sozialen und kulturellen Fortschritt, ja sogar die Aufrechterhaltung des bisher erreichten sozialen Lebensniveaus. Dazu zitieren wir heute zwei Stimmen aus Westdeutschland.

In den «*Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften*» (WWI, Heft 5) veröffentlicht *Günter Pehl* eine sehr gründliche Untersuchung über die

Entwicklung des Bundeshaushalts unter dem Einfluß der Rüstungsexpansion. Nach sorgfältigem Abwägen der Ansätze für die Rüstungsausgaben einerseits und der Deckung der notwendigen Ausgaben kommt der Verfasser beim Ausblick in die nächsten Haushaltsjahre zu folgendem Ergebnis:

«Ein großes Problem der nächsten Jahre wird es sein, die Ausgaben für die Verteidigung in ein erträgliches Verhältnis zu den zivilen Ausgaben zu bringen. Die Rüstungsdebatte am 23. und 24. April 1958 hat unseres Erachtens gezeigt, daß dieses Problem noch nicht bewältigt worden ist. Die Aufrüstung nach den Plänen der Bundesregierung läßt die großen zivilen Aufgaben zu kurz kommen.»

Im gleichen Sinne äußert sich der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete *Werner Jacobi* im Maiheft der Zeitschrift «*Die demokratische Gemeinde*». Unter dem Titel «*Die große Sorge*» veröffentlicht er dort einen Leitartikel, in dem es unter anderem heißt:

«Wenn nicht alles täuscht, geht die Zeit eines kontinuierlichen Wiederaufbaues allmählich zu Ende. Das ist die erschreckende Logik, die sich aus den von der Bundesregierung und der Bundestagsmehrheit verfolgten Aufrüstungsplänen zwangsläufig ergibt... Schon heute zeichnet sich der Plan einer Rüstungssteuer am Horizont ab... Die Mehrbelastung der Steuerzahler ist bei einer Fortsetzung der Bonner Aufrüstungspolitik um so weniger zu vermeiden, als die Erhardsche These, das Sozialprodukt könne in rüstungsangemessener Weise durch Mehrarbeit gesteigert werden, als unreal, ja illusorisch, wenig Aussicht hat, konkrete Gestalt zu erhalten...»

Ob bis zum 31. März 1961 55 oder 60 Milliarden DM für die Aufrüstung aufgebracht werden müssen oder nicht, in jedem Fall handelt es sich um eine Größenordnung, die Wirtschaft, Währung und Sozialstatus der Bundesrepublik in äußerste Bedrängnis bringt. Dabei sind in diesen Riesensummen, da sie auf alten Planungen basieren, weder die Mehrkosten für eine atomare Umrüstung noch Planungssummen für Lagervorräte enthalten. Auch für den zivilen Luftschutz finden sich darin keine wesentlichen Beträge... Alles in allem drohen fünfzig vom Hundert des gesamten Sozialprodukts abgesaugt zu werden. Dabei benötigen wir in den nächsten zehn Jahren mindestens 35 Milliarden DM für den Straßenbau, wenn wir nicht dem völligen Verkehrschaos ausgeliefert werden wollen. Wohnungs- und Schulbau erfordern in derselben Zeit einen Betrag von 20 Milliarden DM, von dem Nachholbedarf bei den Krankenhäusern, den Erfordernissen für Wissenschaft, Forschung und Lehre und anderen unerläßlichen zivilen Erfordernissen ganz abgesehen... Setzt Bonn die Politik der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr fort, so wird nicht zuletzt bei den deutschen Gemeinden in den nächsten Jahren Schmalhans Küchenmeister werden.»

Werner Jacobi schließt seine Betrachtungen in der zitierten Monatsschrift für Kommunalpolitik mit folgenden Sätzen:

«Viele Gemeinden haben schon jetzt die vertretbare Schuldengrenze nahezu erreicht. Keine von ihnen ist des Nachholbedarfs Herr geworden; überall warten Bauprojekte, Kultur- und Sozialeinrichtungen auf Weiterführung und Vollendung. Unzählige dringliche Planungen werden Jahr für Jahr hinausgeschoben. Geht der Bund demnächst, was mit einiger Sicherheit zu erwarten ist, auch noch auf den Anleihemarkt, so wird vollends unerfindlich, wie der Investitionsbedarf der Gemeinden sichergestellt werden soll. Wohin man also schaut, was sich in Bonn anbahnt, ist nicht nur allgemeinpolitisch bedrückend, sondern von besonderen Gefahren für eine stetige Kommunalpolitik begleitet. Auch das sollte bedacht werden, ehe man sich endgültig für die makabere Parole ‚*Raketen statt Butter*‘ entscheidet.»

Walter Fabian